

Vom „Herrn“ zum „Knecht“: Arbeiter in Staatsbetrieben im heutigen China

Au Loong Yu

Aus: *WorkingUSA: The Journal of Labour and Society*, 1089-7011, Vol. 14, Dezember 2011, S. 453-472

© Die Autoren

WorkingUSA: The Journal of Labor and Society © 2011 Immanuel Ness and Wiley Periodicals, Inc.

Dieser Aufsatz wirft zunächst einen Blick auf „Innerbetriebliche Demokratie“, wie sie in der chinesischen Gesetzgebung verankert ist. Dann wird untersucht, warum sie nie wirksam umgesetzt wurde und welche Auswirkungen das auf den vergeblichen Versuch der Arbeiter hatte, sich zur Zeit der Jahrhundertwende gegen die Privatisierung ihrer Betriebe zur Wehr zu setzen. Er untersucht die drastisch einschränkenden Passagen in den Gesetzen, insbesondere diejenigen, die sich auf den ACFTU (All China Federation of Trade Union, Allchinesischer Gewerkschaftsbund) beziehen, in denen deutlich wird, wie feindselig die herrschende Partei gegen jedes Anzeichen einer autonomen Bewegung von unten eingestellt ist. Er stellt eine Verbindung her zwischen dem fehlenden Interesse der Partei, Gesetze zu respektieren, und den materiellen Interessen der herrschenden Bürokraten. Er stellt fest, dass dies bis in die maoistische Periode zurück verfolgt werden kann. Hier wird also nicht die Ansicht einiger Autoren geteilt, dass die chinesische Arbeiterklasse im staatlichen Sektor in jener Periode wirklich „Herr im Hause“ war. Gerade wegen jahrzehntelanger fortschreitender Entmachtung in der Zeit vor der Reformperiode waren die Arbeiter hilflos dem Angriff der marktwirtschaftlichen Reformen ausgeliefert. Obwohl sie 1989 zu Millionen protestierten, ebnete die Niederwerfung dieser Bewegung den Weg für eine zweite Angriffswelle auf die Arbeiter, nämlich die Privatisierung der Staatsbetriebe. Der Aufsatz schließt mit einer Diskussion der Lehren, die man aus dem Untergang der chinesischen Arbeiter ziehen kann. Er fragt, welcher Weg nach vorne den Arbeitern offen steht.

Im Juli 2009 gab es in den staatseigenen Tonghua Stahlwerken in der Jilin Provinz einen gewaltsamen Widerstand der Arbeiter gegen wiederholte Versuche, die Fabrik zu privatisieren. Die Proteste gipfelten darin, dass der Manager totgeschlagen wurde, als er drohte, sie alle zu entlassen, wenn er am Leben bliebe. Der Kampf dieser Arbeiter führte zu einem Privatisierungsstopp und ermutigte ähnliche Kämpfe in anderen staatseigenen Stahlwerken. Der Zwischenfall ereignete sich, nachdem die Zentralregierung den Kommunen die Weisung erteilt hatte, dass lokale Beamte und Manager von staatseigenen Betrieben (*state-owned enterprise, SOE*) die Gesetze respektieren sollten, insbesondere das Gesetz, das vorschrieb, die Arbeitnehmervertretungen (*Staff and Workers Representative Congress, SWRC*) vor jedem Eigentümerwechsel zu konsultieren. Nach dem Zwischenfall gab der ACFTU eine Verlautbarung heraus, in der seine führenden Mitglieder daran erinnert werden, dass sie für die Rechte der Gewerkschaft und der SWRCs eintreten sollten.

Es ist noch gar nicht so lange her, dass es für mehr als 100 Millionen SOE Arbeiter sichere Arbeitsplätze und gesicherte Sozialleistungen gab. Die Gesetze zur Industriedemokratie gewährten ihnen viele Rechte, die sogar noch weiter gingen als das deutsche Betriebsratsmodell. Überdies waren ihre „führende Rolle“ im Staat und ihre politischen Rechte in der Verfassung verankert (und sind es noch). All diese gesetzlich zugesicherten Rechte ermöglichen es jedoch den meisten Arbeitern weder, ihre Betriebe vor gesetzeswidriger Privatisierung zu retten, noch bedeuten sie Schutz vor gesetzeswidrigen Entlassungen, weil die Kader die Gesetze einfach nicht beachten. Arbeiterführer sollten sich dafür interessieren, wie das geschehen konnte. Dieser Artikel versucht einen Einblick in die Institution der Industriedemokratie in chinesischen SOEs¹ und die politischen Zusammenhänge zu geben, die ihre praktische Umsetzung verhindert haben. Dann folgt die Evaluation des Status der Arbeiterklasse in

¹ Wir haben keinen Platz, in diesem Zusammenhang die Arbeiter in vergesellschafteten Betrieben (*Collectively Owned Enterprise (COE)*) zu behandeln. Ihre Arbeitsbedingungen und ihre Mentalität mögen sich von SOE Arbeitern unterscheiden, daher ist es schwierig zu beurteilen, wie weit diese Erörterung als Referenzpunkt für eine Analyse dieser Arbeiter dienen könnte.

Maos China. Wir hoffen, dass unsere Darstellung hilft zu beleuchten, wie und warum die angebliche „herrschende Klasse“ Chinas letztlich unterging und welche Lehren aus diesem abgeschlossenen Kapitel zeitgenössischer Geschichte gezogen werden können.

Wir glauben, dass unsere Studie auch dazu beiträgt, zu einer ausgewogeneren Evaluation der aktuellen Anstrengungen seitens des ACFTU zu gelangen, eine Reihe von Arbeitsrechtsgesetzen anzuregen. So willkommen diese Anstrengungen auch sein mögen, so dürfen wir nicht übersehen, dass diese Gesetze an der Basis in den Betrieben nicht umgesetzt werden. Wenn in einem Land, das die Regeln der Rechtsstaatlichkeit und der Redefreiheit nicht respektiert, die gesetzlich garantierten Rechte der Arbeiter verletzt werden, ist es für die meisten betroffenen Arbeiter sehr schwierig, sich zu den Missständen auch nur zu äußern. Das ist nicht überraschend, wenn man das Schicksal der SOE-Arbeiter kennt. Kein einziges Arbeitsgesetz und keine einzige soziale Reform als solche oder ihre Wirksamkeit kann ausreichend beurteilt werden, ohne umfassendere gesellschaftliche Faktoren einzubeziehen und ohne die Lehren aus der jüngsten Vergangenheit zu beachten. All das behalten wir im Auge bei der vorliegenden Untersuchung der SOE Arbeiter und des chinesischen Modells der „Industriedemokratie“.

Privatisierung: „Das eine tun, aber das andere sagen“

In den späten 1980ern war folgende Charakterisierung des tatsächlichen Kurses der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) weit verbreitet: *Dazuodeng, xiangyouzhan*. Diese Metapher stammt aus der Welt des Autofahrens. Sie beschreibt eine KPCh, die nach rechts abbiegt, aber den Blinker nach links setzt. Das Volk hatte intuitiv erfasst, was die KPCh plante: Nach der Zerschlagung der Demokratiebewegung 1989 machte die KPCh einen großen Sprung in Richtung Kapitalismus, während sie gleichzeitig den Aufbau des „Sozialismus“ propagierte. Der erste Schritt waren Privatisierungen, über die jedoch nicht gesprochen wurde.

Der Startschuss der Privatisierungswelle in China erfolgte 1996, als die KPCh die „Ergreife das Große und lass das Kleine los“-Politik ankündigte, unter der ein Ausverkauf der kleinen SOEs verstanden wurde. Bei diesem Prozess wurden auch viele mittelgroße Betriebe privatisiert. Große SOEs blieben in der Regel in Staatseigentum, aber ihre gewinnbringenden Zulieferer wurden an der Börse gehandelt, so dass sie wie Privatunternehmen kommerziell geführt wurden. Daher ist die Beschaffenheit der großen SOEs heute, auch wenn sie in Staatseigentum verblieben sind, völlig unterschiedlich verglichen mit der vorhergegangenen Periode. In der Vergangenheit dienten sie dem öffentlichen Wohl. Jetzt werden sie betrieben, um Profit zu machen. 2001 waren 86% der staatlichen Industrie umstrukturiert, und 70% waren entweder teilweise oder ganz privatisiert.²

Die umfassende Privatisierungswelle führte geradewegs zur Entlassung von mehreren zehn Millionen Arbeitern aus staatseigenen oder kollektivierten Betrieben. Der Prozess unterschied sich jedoch von Privatisierungen in der früheren Sowjetunion, denn die KPCh hat die ganze Zeit geleugnet, dass sie auf Privatisierungen hinarbeitet. Stattdessen behauptet sie, es sei *gaizhi* oder sie „reformiere das System“, was bedeutet, dass eine Renovierung stattfindet, d.h. das alte werde in ein „modernes Unternehmenssystem“ umgewandelt. Noch im März dieses Jahres gab der Präsident des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses (NPC), Wu Bangguo, in seinem Bericht an das vierte Plenum des elften NPC eine „feierliche Erklärung, dass wir keine Privatisierungen durchführen“ ab. In der chinesischen Öffentlichkeit existiert eine zutreffende Beschreibung der systematischen Heuchelei der KPCh: Kapitalismus kann praktiziert werden, ohne dass er als solcher bezeichnet wird, während von Sozialismus gesprochen werden kann ohne ihn zu praktizieren.

² *Exit the Dragon? Privatization and State Control in China*, Ed. S. Green and G. S. Liu (Chatham House, 2005), 18

Die tragische Niederlage der Demokratiebewegung von 1989 bewirkte bei den meisten Arbeitern Mutlosigkeit und Verwirrung und führte dazu, dass sie weitgehend unfähig waren, der Privatisierungsoffensive wirksamen Widerstand entgegen zu setzen, als sie begann. Aber seit den späten 1990ern gab es überall im Land sporadische Proteste gegen Privatisierungen. Es handelte sich zwar um zahlreiche Proteste, aber sie kamen meist zu spät. Außerdem beschränkten sich die Aktionen in diesem an sich schon begrenzten Kampf meist auf einzelne Betriebe. Die mutige Initiative der Arbeiter des *Liao Yang Alloy Enterprise* im Jahre 2002, Arbeiter aus anderen Betrieben für den gemeinsamen Kampf zu mobilisieren, blieb eine Ausnahme. Genau aus diesem Grunde unterdrückte die örtliche Regierung ihren Kampf schnell und verurteilte die Anführer zu Gefängnisstrafen. Für jeden, der weiß, dass die Arbeiter eigentlich nie die Macht hatten, überrascht es nicht, dass die meisten Kämpfe gegen Privatisierung in einer Niederlage endeten, oder höchstens zu verbesserten Entlassungspaketen geführt haben (d.h. in einem Arrangement, offiziell *maiduan* genannt, mussten sie auf ihre angestammten Rechte als Arbeiter in Staatsbetrieben verzichten).

„Öffentlich Bedienstete“ werden zu Herren

Der Nachteil der Entlassungen war die rasche Zunahme der ehemaligen SOE Direktoren oder Manager, die nach den Privatisierungen der Unternehmen zu neuen Eigentümern oder leitenden Managern wurden. Zweifellos profitierten ebenfalls Angehörige der Kommunalverwaltung von dem Prozess. Die „Herren“ wurden auf den Schrottplatz der Arbeitslosigkeit geworfen, aber die Beamten der vorhergegangenen Ära wurden praktisch wie durch Zauberei die neuen Herren. Wang Lianli schreibt über diese Beobachtung in seinem Artikel „Erhöht den Lohn der Arbeit, arbeitet hart an einer vorläufigen (sozialen) Umverteilung“ (*Raise the reward of labour, press on with a preliminary [social] redistribution*):

Die Ergebnisse des „Bericht(s) über die Untersuchung privater Unternehmen in China 2002“ zeigen, dass in den Unternehmen, die nach der „Systemreform“ in private Einheiten umgewandelt wurden, nach ihrer Privatisierung in 95,6% der Fälle die ehemaligen Geschäftsleitungen aus der SOE Zeit die Hauptinvestoren und Vorstandsvorsitzenden der neuen Unternehmen wurden. Eine ähnliche Entwicklung (nämlich dass Parteikader als Investoren und Vorstandsvorsitzende wiedergeboren wurden) geschah in 95,6% der ehemaligen kommunalen und städtischen Kollektivunternehmen und in 97% der ehemaligen landwirtschaftlichen Betriebe in den Dörfern. Durch eine weitere Maßnahme kauften 60,6% der Personen, die ein SOE leiteten, während des „Systemreform“-Übergangs das Unternehmen auf.³

Theoretisch konnten Arbeiter während der „Systemreform“, als SOEs in Aktiengesellschaften verwandelt wurden, Anteile an den privatisierten Unternehmen erwerben. Aber die Realität sah so aus, dass die lokalen Behörden immer die Fabrikdirektoren bevorzugten. Sie bewilligten ihnen die größten Anteile am Eigentum, um sicher zu stellen, dass sie die Mehrheitsbeteiligung hielten. Der Anteil der Arbeiter am Eigentümerkuchen war oft nicht mehr als ein Köder, mit dem der Unternehmensdirektor sie um das letzte Ersparnis brachte. Es beginnt als reine Pflichtübung, um Arbeiter dazu zu zwingen, sich an der Kapitalbildung eines Unternehmens zu beteiligen. Meistens endet es so, dass das Unternehmen Konkurs anmeldet, vielleicht von vornherein geplant, womit die Arbeiter um ihre sauer verdienten Ersparnisse gebracht werden. Eine andere Methode besteht darin, dass die Manager auf vielfältige Weise die Arbeiter überzeugen, es sei das Beste, wenn sie ihre Anteile aufgeben oder verkaufen. Oder sie kombinieren beide Vorgehensweisen. Das war der erste Akt der Manipulation von Arbeitern durch die kommunistischen Kader. Entweder während oder nach der Privatisierung folgte der zweite Akt der Manipulation schnell: Arbeiter wurden massenhaft entlassen oder ihr Recht auf Arbeit ging vollständig verloren.

³ *Tigao laodong baochou, zhuoli chuci fenpei* (Raise the reward of labour, work hard on the preliminary [social] redistribution), Wang Lianli, Hong Kong Faxes, Political and Economic Research Department of the CITIC group, December 12, 2007.

Arbeitnehmervertretungen als Einrichtung der „Innerbetrieblichen Demokratie“

Das Modell des *Staff and Workers' Representative Congress* (SWRC, Kongress der Vertreter von Mitarbeitern und Arbeitern) wurde in China nach dem Sieg der KPCh 1949 eingerichtet. Es überlebte bis zu den anti-„rechts“ Reinigungen, nach denen es 20 Jahre lang wenig mehr als eine leere Hülle war. Erst nach Maos Tod 1976 war die Frage des demokratischen Managements am Arbeitsplatz wieder auf der Tagesordnung. Zu der Zeit sahen viele im System der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien eine Antwort, und die meisten waren für die Wiederbelebung der SWRCs um die Unternehmensdirektoren zu kontrollieren. Während der Staatsrat 1980 die offizielle Wiedereinführung von SWRCs erklärte und sie so strukturierte, dass die Arbeiterklasse durch sie unter der Führung der KPCh entscheidenden Einfluss auf die Politik nehmen konnte, führte die Streikbewegung der Solidarnosc in Polen dazu, dass die KPCh ihre Entscheidung überdachte. Sie wollte nicht, dass etwas Ähnliches auf ihrem Gebiet geschah.⁴ Dies erklärt teilweise, warum die SWRCs so gestaltet wurden, dass der Einfluss der Arbeiter auf sie geschwächt wurde, während es so aussah, als ob er gestärkt wurde (mehr dazu unten).

1991 gab es angeblich in 60,2% der staatlichen Unternehmen SWRCs.⁵ Nach einem *Workers' Daily* Bericht von 1998 mussten die Direktoren von 660 Staatsunternehmen in Tianjin ihren Hut nehmen, weil sie es nicht schafften, die Mehrheit ihrer SWRCs für sich zu gewinnen.⁶ Die *Workers' Daily* berichtete 2005 von einem erfolgreichen Fall, in dem ein SWRC als Organ der Arbeitermacht in einem Unternehmen namens *Wuhan Iron and Steel (Group) Company* tätig wurde:

„Für uns hier ist der SWRC real.“ An seinen Fingern zählte der Mitarbeitervertreter Nie Dehu aus einer Kokereiabteilung der *Jiao Hua Corporation* [die Fälle vermeintlicher Führerschaft der Arbeiter] auf, als er an der ersten Versammlung des 11. Plenums der *Wuhan Iron and Steel (Group) Company* teilnahm... In den letzten Jahren wurden mehr als 40 Kader auf Direktorenebene entweder verwarnt oder abgesetzt, als sie es nicht schafften, genügend Unterstützung aus dem demokratischen Bewertungsprozess zu sichern...⁷

Eine ACFTU Studie zeigte jedoch ein anderes Bild. Kevin Jiang zitierte eine Untersuchung des ACFTU von 1987, aus der hervorgeht, dass nur 29,26% der Befragten dachten, dass SWRCs sehr nützlich (6,25%) oder nützlich (23,01%) sind. Er zitierte aber auch die Ergebnisse von Einzelbefragungen von 10.000 Arbeitern aus demselben ACFTU Bericht, die darauf schließen lassen, dass der Prozentsatz der Befragten, die dachten, SWRCs seien entweder sehr nützlich oder nützlich, erheblich niedriger war als 29,26%. In seinen Notizen wies er auf die Möglichkeit hin, dass die Untersuchungsergebnisse manipuliert wurden oder dass die Befragten Repressalien fürchteten, wenn ihre Antworten nicht wie erwünscht ausfielen.⁸

⁴ „Im Juni dieses Jahres sagte der Stellvertretende Vorsitzende der KPCh Li Xiannian, dass man bald mit einer Krise wie in Polen rechnen müsse, wenn Beijing die Wirtschaft nicht reformiere.“ Ming Pao, 11. Dezember 1981, Hong Kong. Übersetzung durch den Autor. Zur Verbindung der Ereignisse in Polen mit der Haltung der Partei zu SWRCs, vgl. Fußnote 14 von Jiang Kevin, „*Gonghui yu dang-guo de chongtu* (Der Konflikt zwischen Gewerkschaften und dem Einparteiensstaat),“ *Hong Kong Journal of Social Sciences*, No. 8 Herbst 1996): 85–158.

⁵ Jiang Kevin, „*Gonghui yu dang-guo de chongtu* (Der Konflikt zwischen Gewerkschaften und dem Einparteiensstaat),“ *Hong Kong Journal of Social Sciences*, No. 8 (Herbst 1996): 85–158

⁶ *Whither China's Industrial System and with What Implications for Labour?* (Wohin entwickelt sich Chinas Industrie und mit welchen Folgen für die Beschäftigten?), *Labour History*, Oktober 2006.

⁷ „*Qiye yingdui tiaozhan de liqi—wugang qianghua zhidaihui zhidu tuijin changwu gongkai jishi* (Die Waffe, mit der Unternehmen sich ihren Herausforderungen stellen — Bericht darüber, wie *Wuhan Iron and Steel* den Mechanismus ihrer Arbeitnehmervertretung stärkt, um unternehmerische Entscheidungen transparenter zu machen)“, *Worker Daily* (10. Juni 2005), <http://www.sasac.gov.cn/n1180/n1271/n3420181/n3420283/3445501.html>

⁸ Jiang Kevin, „*Gonghui yu dang-guo de chongtu* (Der Konflikt zwischen Gewerkschaften und dem Einparteiensstaat),“ *Hong Kong Journal of Social Sciences*, No. 8 (Herbst 1996): 85–158

Nach Zhu Xiaoyang und Anita Chan gab es 1997 eine weitere Untersuchung des ACFTU über SWRCs, nach der im Allgemeinen „nur ein Drittel der Antworten eine positive Beurteilung (der SWRCs) enthielt, was nicht ausreicht, das Image des SWRC-Systems zu verändern. Das System ist weitgehend reine Augenwischerei und die Gewerkschaften in den Betrieben sind nichts weiter als der verlängerte Arm des Managements.“⁹

Jetzt wird sogar in der offiziellen Presse die Ohnmacht der SWRCs *de facto* anerkannt, weil sie zu offensichtlich ist. Nach dem entschlossenen Kampf der *Tonghua Steel* Arbeiter veröffentlichte eine Zeitung aus Festland-China im Juli 2009 einen Artikel mit dem Titel „Warum sind SWRCs nutzlos?“, der detailliert darstellt, wie und warum die SWRCs ihrer Verantwortung für den Schutz der Arbeiterrechte und ihrer Interessen nicht nachkamen.¹⁰ (mehr s. u.)

Das Gesetz gibt den SWRCs umfassende Macht, und die KPCh beruft sich immer wieder darauf, um zu betonen, wie sehr sie Demokratie am Arbeitsplatz respektiert. Nach Artikel 52 des „Gesetzes der Volksrepublik China zu Industrieunternehmen, die dem ganzen Volk gehören“ von 1998 hat die Hauptversammlung der SWRCs auf fünf Gebieten Weisungsbefugnisse. Hier eine Zusammenfassung:

1. Sie muss bei weitreichenden strategischen Entscheidungen der Unternehmen konsultiert werden.
2. Sie hat das Recht auf Mitbestimmung bei der Einkommensverteilung, inklusive das Verhältnis zwischen Löhnen und Bonuszahlungen, und das Recht wichtige Regeln (der Unternehmen) festzulegen.
3. Sie entscheiden gemeinsam mit dem Management über die Nutzung des Wohlfahrtsfonds der Arbeiter, die Verteilung subventionierten Wohnraums an Beschäftigte und alle wichtigen Fragen zur Wohlfahrt der Arbeiter.
4. Sie überwachen die Leistung der Kader auf allen Ebenen und schlagen vor, wie sie zu belohnen oder zu bestrafen sind.
5. In Abstimmung mit den Anordnungen der zuständigen Regierungsabteilung hat sie das Recht, den Unternehmensdirektor einzustellen oder zu entlassen, oder zumindest eine Kandidatenliste vorzuschlagen.

Die Betriebsräte in Deutschland sind mit den SWRCs in China vergleichbar, jedoch hat die chinesische Variante mehr Macht als ihr deutscher Cousin. So müssen deutsche Betriebsräte bei der Besetzung des Postens des Unternehmensdirektors oder bei der Zusammensetzung des Managements weder konsultiert werden noch haben sie Entscheidungsbefugnisse. Zhu Xiaoyang und Anita Chan kamen zu dem Ergebnis, dass „wären die SWRCs in China wirklich in der Lage, ihre gesetzlich zugesicherten Rechte auszuüben, würden die Rechte der in staatlichen oder vergesellschafteten Betrieben beschäftigten chinesischen Arbeiter bei weitem über diejenigen der Arbeiter in kapitalistischen Systemen hinausgehen.“¹¹

Aber der Teufel liegt im Detail. Die KPCh veröffentlicht zwar überaus eindrucksvoll klingende Nachrichten zu großen Themen wie „innerbetriebliche Demokratie“ und „das werktätige Volk übernimmt“. Aber die reale Politik und das Kleingedruckte in den Gesetzen zeigen, dass das Parteikomitee weiterhin danach strebt, alle Macht zu monopolisieren; dabei behandelt es die gesetzlichen und politischen Rechte der Arbeiter wie Luft. Dazu folgendes: In den deutschen Betriebsräten gibt es keinen Platz für Angehörige der Unternehmensleitung. Deren chinesische Entsprechungen – Mitglieder des Managements und führende Kader – dürfen nicht nur bei SWRC-Wahlen kandidieren, tat-

⁹ Xiaoyang Zhu und Chan Anita, „Staff and Workers' Representative Congress, An Institutionalized Channel for Expression of Employees' Interests?“ *Chinese Sociology and Anthropology* Volume 37, No. 4 (Sommer 2005): 6–33

¹⁰ *Zhidaihui weishenme meiyong (Why are SWRCs useless? - Warum sind SWRCs nutzlos?)* *Dong Fang Daily* (17. August 2009), <http://www.wyzxsx.com/Article/Class22/200908/99535.html>

¹¹ Xiaoyang Zhu und Chan Anita, „Staff and Workers' Representative Congress, An Institutionalized Channel for Expression of Employees' Interests?“ *Chinese Sociology and Anthropology* Volume 37, No. 4 (Sommer 2005): 6–33

sächlich wird garantiert, dass „die führenden Kader der Unternehmensleitung allgemein, eingeschlossen solche in den Werkshallen und verschiedenen Abteilungen, ein Fünftel der SWRC-Delegierten stellen“. Diese Vorgabe wurde in Artikel 12 des „SWRC Gesetz(es) für Industrieunternehmen, die dem ganzen Volk gehören“ verankert.

Die *Dong Fang Daily* weist auf einen anderen institutionellen Mangel hin:

Wenn die Arbeiter und ihre SWRC Delegierten mit Entscheidungen nicht zufrieden sind, gibt es nach dem gültigen gesetzlichen Rahmenwerk keine wirksame Beschwerdemöglichkeit. Und in Artikel 54 des „Gesetz(es) der Volksrepublik China zu Industrieunternehmen, die dem ganzen Volk gehören“ wird sogar gesondert festgelegt, dass SWRCs dafür verantwortlich sind, „die Unternehmensdirektoren bei der gesetzlichen Ausübung ihres offiziellen Amtes zu unterstützen und die Arbeiter dahingehend zu erziehen, dass sie verpflichtet sind, sich an die Vorgaben dieses Gesetzes zu halten.“¹²

SWRCs und die Gewerkschaft

Ein weiterer Unterschied zwischen Chinas SWRCs und der Praxis in Deutschland besteht darin, dass die deutschen Betriebsräte und Gewerkschaften zwei unterschiedliche Systeme sind. Keins ist dem anderen untergeordnet, und ihre Rechte und Zuständigkeiten sind unabhängig voneinander. Betriebsräte haben das Recht, zu Angelegenheiten der Unternehmenspolitik konsultiert zu werden, aber sie können keinen Streik beginnen, was eine Gewerkschaft wiederum kann. Betriebsratsmitglieder sind zwar oft gleichzeitig gewerkschaftlich organisiert, aber sie handeln nicht in ihrer Funktion als Gewerkschaftsmitglieder, wenn sie Aufgaben erfüllen, die ihnen vom Betriebsrat übertragen wurden. Sie müssen ihre zwei Identitäten streng auseinander halten. Im Falle Chinas trifft das exakte Gegenteil zu: Eine Betriebsgewerkschaft des ACFTU ist als das ausführende Organ des SWRCs vorgesehen und führt auch verantwortlich die Wahl der SWRC-Delegierten durch.¹³ Eigentlich sollte eine Gewerkschaft dem SWRC rechenschaftspflichtig sein. Weil der SWRC aber kein ständiges ausführendes Organ oder eigene bezahlte Mitarbeiter hat, kann er höchstens einmal in sechs Monaten tagen. Seine eigentliche Autorität liegt in den Händen der Gewerkschaft.

Diese Regelung stellt sicher, dass Kader der KPCh SWRCs ihrer Macht berauben und Arbeiter wirkungsvoller in festem Griff haben. Der Grund hierfür ist, dass der ACFTU immer schon von der Partei direkt beherrscht wird. Der ACFTU ist niemals unabhängig von der Partei seiner grundlegenden Verantwortung für die Verteidigung von Arbeiterinteressen nachgekommen. Arbeiterfreundliche Gewerkschaftsführer sind in den meisten Fällen herabgestuft worden. Das geschah auch den ersten beiden bekannten ACFTU Führern Li Lisan und Lai Ruoyu, die beide kritisiert wurden und ihre Macht verloren, und zwar auf Grund der frei erfundenen Anschuldigung, sie strebten eine unabhängige Gewerkschaft an und sie seien „gegen die Führungsrolle der Partei“. Während des *Großen Sprungs nach vorn* wurde Lais Politik als „Ökonomismus“ und „Syndikalismus“ verurteilt, weil er die „führende Rolle der Partei“ und die Aufgabe der Gewerkschaft, sich für die materiellen Interessen der Arbeiter einzusetzen, zusammenführen wollte. Für die Partei bestand die Hauptaufgabe der Gewerkschaft schon immer darin, die Produktion voranzutreiben¹⁴. Die Verteidigung der materiellen Interessen der Arbeiter war nachgeordnet. So war es kein Wunder, dass kurz nach der Herabstufung Lais die Partei, jedenfalls für eine Weile, festlegte, dass der ACFTU beim Höhepunkt des „Aufbaus des Kommunismus“ einfach „absterben“ und vollständig in den neu aufgebauten „Kommunen“ aufgehen solle. Nachdem die Partei sich von diesem großen Abenteuer zurückgezogen hatte, durfte die Gewerkschaft wieder

¹² „Zhidaihui weishenme meiyong (Why are SWRCs useless?)“ *Dong Fang Daily* (17. August 2009), <http://www.wyzxsx.com/Article/Class22/200908/99535.html>

¹³ *Zhonghua quanguo zonggonghui qishinian* (The Seventy Years of ACFTU (Die Siebzig Jahre des ACFTU)), Hrsg. the ACFTU (Beijing: Chinese Workers Press, 1995), 404–5

¹⁴ Diese angebliche Hauptaufgabe des ACFTU ist immer noch explizit in Artikel 4 des derzeit gültigen Gewerkschaftsgesetzes von 1992 festgelegt.

einen Teil ihrer alten Aufgaben übernehmen. Das dauerte jedoch nicht allzu lange. Während der Kulturrevolution wurde der ACFTU vollständig ausgeschaltet, und zwar wegen derselben angeblichen Fehler des „Ökonomismus“.¹⁵ Bei Deng Xiaopings Rückkehr zur Macht in den späten 1970ern wies die Partei den ACFTU an, seine Aufgabe wieder wahrzunehmen. Die Säuberungen, die gegen liberaler gesinnte Kader in der Gewerkschaft gerichtet waren, endeten aber nicht, als die Mao-Zeit zu Ende gegangen war. Eine große Zahl von Arbeitern und einfachen ACFTU-Kadern waren Teil der Demokratiebewegung von 1989. Nach ihrer Niederschlagung führte der ACFTU eine neue Säuberungswelle gegen unabhängig denkende Kader in seinen Reihen durch. Eines der Opfer war der Stellvertretende Vorsitzende Zhu Houze. Nach 60 Jahren mit immer neuen Säuberungen hat es der ACFTU geschafft, alle liberal gesinnten Kader in seinen Reihen auszumerzen. So wundert es kaum, dass der ACFTU während der Privatisierungswelle zu Beginn des 21. Jahrhunderts nichts weiter tun konnte als mit zu schwimmen oder sogar sanft mitzuhelfen, indem man die entlassenen Arbeiter davon zu überzeugen versuchte, dass sie sich von ihrer alten Einstellung lösen sollten, sich anderen überlegen zu fühlen.

In Tang Wenfangs Buch *Who is in charge: the contemporary enterprise policy in China* (Wer hat das Sagen: die heutige Unternehmenspolitik in China) berichtet der Autor von einer Umfrage, die er 1991 bis 1992 unter SOE-Arbeitern durchgeführt hat, d.h. in der Zeit vor den Privatisierungen. Die Untersuchung enthüllt, dass Arbeiter, wenn sie Probleme mit ihrer Berufsbezeichnung, Wohnsituation, ihren Löhnen, mit Entlassung und Arbeitsunfällen hatten, sich alle ohne Ausnahme zuerst an die Unternehmensleitung oder an Regierungsämter wandten, um eine Lösung zu finden.¹⁶ Die Bedeutungslosigkeit der Gewerkschaft kann nicht offensichtlicher sein. Wenn man das bedenkt, sollte es nicht überraschen, dass der ACFTU am Arbeitsplatz als ständiges ausführendes Organ des SWRC die „innerbetriebliche Demokratie“ eher bremste als sie zu befördern.

Viele Kommentatoren haben die Rolle des ACFTU bei neuen Arbeitsgesetzen gelobt. Wir sagen dagegen, dass das wichtigste Kriterium bei der Beurteilung, ob etwas erfolgreich war, nur der Blick auf die Ergebnisse ist. Im gesamten Land sind die Löhne immer weiter gesunken: Der Anteil von nicht selbständiger Arbeit an Chinas Bruttonationaleinkommen fiel von 52% im Jahre 1997 auf 40% im Jahre 2007 (zum Vergleich lag der Anteil nichtselbständiger Arbeit an Thailands Bruttonationaleinkommen 2007 bei 65%), ein Rückgang von 12% in zehn Jahren.¹⁷ Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der Geschäftsgewinne steil an. Der ACFTU hat 190 Millionen Mitglieder, ein Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei ist sein Vorsitzender und die chinesische Wirtschaft wuchs jährlich um fast 10%: All das verschafft der Gewerkschaft eine äußerst günstige Ausgangsposition bei Tarifverhandlungen. Aber die Tatsache, dass der ACFTU immer noch zulässt, dass der Anteil von Arbeitseinkommen am Nationaleinkommen deutlich sinkt, ist der beste Indikator für sein Versagen als Institution für Arbeiter.

Das Gesetz und die Partei sind Gegner

Nicht einmal die ohnehin verwässerte „innerbetriebliche Demokratie“ hat in China seit 1982 funktioniert. Führende Kader umgehen oder ignorieren oft Gesetze. So übersteigt der Anteil der SWRC-Delegierten aus dem Management oft die ein Fünftel-Grenze, oftmals um mehr als die Hälfte. Hier ein Auszug aus dem *Dong Fang Daily* Bericht, aus dem oben schon zitiert wurde:

Es gab einfach nicht genügend Arbeiter aus dem Produktionsbereich, die wirklich in den SWRCs aktiv waren. Die größten Chancen, als SWRC Delegierte gewählt zu werden, haben

¹⁵ *Zhonghua quanguo zonggonghui qishinian* (The Seventy Years of ACFTU), Hrsg. ACFTU (Beijing: Chinese Workers Press, 1995), 8. Kapitel.

¹⁶ *Shui lai zuozhu—dangdai zhongguo de qiye juece* (Who is in charge: the contemporary enterprise policy in China), ed. W. F. Tang (Hong Kong: Oxford University Press, 1996), 88–89

¹⁷ *The Crisis in Asia: Over-Dependence on International Trade or Reflection of "A Labor Repression-Led Growth Regime"?* Bruno Jetin, Oktober 2009, ein Papier, das dem *International Seminar on the Economic Crisis* (Internationales Seminar zur Wirtschaftskrise), Amsterdam vorgelegt wurde.

Angehörige des mittleren Managements oder Personen aus noch höheren Positionen im Unternehmen, während die einfachen Arbeiter nur eine winzige Zahl von Delegierten ausmachen. In den allermeisten Fällen haben die Angehörigen des mittleren Managements von den Zusammenschlüssen und Übernahmen von Firmen oder anderen Umstrukturierungen in den Unternehmen profitiert. So kann man sich leider gut vorstellen, wo die Interessen der meisten Arbeiter während der „Systemreform“ der Staatsunternehmen von einer angemessenen Vertretung weit entfernt waren.¹⁸

Hinzu kommt noch, dass die SWRC-Delegierten selten in einer freien Wahl und nach einem offenen Wahlkampf bestimmt werden, in dem Kandidaten miteinander konkurrieren. Meistens sind die Delegierten von den führenden Kadern handverlesen, wodurch die SWRCs zu gehorsamen Instrumenten der Obrigkeit degradiert werden, so wie es die Gewerkschaften bereits sind. Oder wenn das Management sich nicht traut, die SWRCs zu manipulieren, werden sie einfach übergangen. In beiden Fällen werden bestehende Gesetze ignoriert.

Es gibt aber auch Berichte von Arbeitern, die SWRCs übernehmen, um sich zu wehren. Zhu Xiaoyang und Anita Chan untersuchten drei SWRCs näher und stellten fest, dass zwei von ihnen „erfolgreiche SWRCs“ waren, wobei der erste als „Konsultationsmechanismus zwischen Arbeitern und Unternehmensleitung“ handelte und der zweite „einem demokratisch gewählten und funktionierenden SWRC am nächsten kam“.¹⁹ Der Kampf der Arbeiter gegen die Privatisierung des *Zheng Zhou Paper Manufacturing Enterprise* im Jahre 2000 wurde auch durch den SWRC organisiert.²⁰

Hier handelte es sich aber um seltene Ausnahmen. Im Allgemeinen sind die meisten SWRCs seit langem gelähmt oder sie waren vor und während der Privatisierung nur Erfüllungsgehilfen der Parteikader. Nach der oben schon erwähnten ACFTU-Untersuchung über SWRCs von 1997 äußerte sich nur ein Drittel der Befragten positiv über die SWRCs. Zhu Xiaoyang und Anita Chan räumten ein, dass selbst die Minderheitsmeinung, die eine positive Beurteilung äußerte, „wohl überrepräsentiert war“. Das Merkwürdige ist, dass diese Lage der Dinge nicht angeprangert wurde, sondern dass sie die SWRCs als relativ wirksame Institution der Arbeiter verteidigten – bezogen auf die im Westen geübte Praxis der Mitbestimmung. Ihre Argumentation lässt sich so zusammenfassen: Das europäische Mitbestimmungsmodell ist keine Garantie für die Teilnahme der Arbeiter an Entscheidungsprozessen, was bedeutet, dass „sogar in demokratischen Systemen Betriebsräte und Betriebsgewerkschaften von der Mehrheit der Arbeiter und Angestellten nicht als sehr wirkungsvoll eingeschätzt werden“. Daher „können wir nicht erwarten, dass die Mehrheit der SWRCs in China ihre Aufgabe ideal erfüllt“. Dieser Gedankengang ist ein wenig merkwürdig. Wenn sowohl das westliche als auch das chinesische System gleichermaßen schlecht sind, sollte die einzig mögliche und logische Folgerung sein, beide zu kritisieren, anstatt das Versagen im Westen zu benutzen, um das Versagen in China zu rechtfertigen.

In einem Land, in dem die grundlegenden Bürgerrechte, insbesondere die Redefreiheit, nicht existieren und in dem sogar die Durchführung einer Umfrage von den Behörden erlaubt werden muss, ist einige Skepsis allen offiziellen Umfragen gegenüber angebracht, denn wir können ihre Authentizität einfach nicht überprüfen.²¹ Wichtig ist es auch, bei der Evaluation der Wirksamkeit von SWRCs (oder

¹⁸ *Zhidaihui weishenme meiyong (Why are SWRCs useless?)* *Dong Fang Daily* (17. August 2009), <http://www.wyzxsx.com/Article/Class22/200908/99535.html>

¹⁹ Xiaoyang Zhu and Chan Anita, „Staff and Workers’ Representative Congress, An Institutionalized Channel for Expression of Employees’ Interests?“ *Chinese Sociology and Anthropology* Volume 37, No. 4 (Sommer 2005): 6–33

²⁰ Die Arbeiter des *Zheng Zhou Paper Manufacturing Enterprise* schafften es, die Privatisierung ihres Betriebs eine Zeit lang aufzuhalten, indem sie den Kampf über den SWRC organisierten. Aber wegen seiner enormen Schulden wurde das Unternehmen schließlich durch den Einsatz von Privatkapital gestützt. Stephen Phillion hat diesen Fall in einem Artikel dargestellt, in dem er die Ansicht vertritt, dass die Zustimmung der SWRC Führung zu dem Einsatz von Privatkapital bedeutete, dass sie sich von dem ursprünglichen Bestreben, sich auf Arbeiterdemokratie zu verlassen, abgewandt hatte. Er glaubt, dass dieser Kurswechsel zur Niederlage geführt haben könnte. Vgl. S. Phillion, „Democracy vs. Privatization in China,“ *Socialism and Democracy* Volume 21, No. 2 (Juli 2007): 37–56

²¹ Obwohl sich China nunmehr unbestreitbar auf dem Wege der kapitalistischen Akkumulation befindet, gibt es immer noch die Praxis, zu Propagandazwecken Nachrichten zu fälschen, obwohl die Medien heutzutage etwas mehr Freiheiten haben, auch schlechte Nachrichten zu verbreiten. Sogar in Guangdong, wo die Medien nach verbreiteter Ansicht sich weniger folgsam der Propagandaabteilung der Partei in Bei-

der Gewerkschaft) einen genauen Blick auf die Ergebnisse zu werfen. Als Ergebnis der Privatisierung wurden in nur sechs Jahren (1996-2001) 40,5% aller Arbeitsplätze in der verarbeitenden Industrie abgebaut, was der Vernichtung von 26,12 Millionen Arbeitsplätzen entsprach.²² Die gesamten Entlassungen in allen Wirtschaftszweigen bewegten sich zwischen 30 und 40 Millionen. Wenn die meisten Arbeiter in den SWRCs wirklich die Macht gehabt hätten, dann hätte sich der Kampf zwischen den Befürwortern und Gegnern der Privatisierung lang hingezogen oder die Kämpfe gegen Privatisierung wären offener und weiter verbreitet gewesen. Diese Aussage beruht auf der Annahme, dass die meisten Arbeiter die Privatisierungen nicht unterstützten. Sie kann sich nicht auf eine unabhängige und umfassende Studie beziehen, deren Existenz in dem herrschenden Regime sehr unwahrscheinlich ist. Diese Einschätzung der Haltung der Arbeiter zu den Privatisierungen ist jedoch vertretbar, wenn man bedenkt, dass SOE-Arbeiter im Allgemeinen einen gewissen Grad an Klassenzugehörigkeitsgefühl und kollektiven Bewusstseins besaßen. Es gibt Hinweise, dass SOE-Arbeiter im Allgemeinen sehr verwirrt auf die makroökonomische Entscheidung der Partei reagierten, eine „sozialistische Marktwirtschaft“ aufzubauen – was wiederum die Grenzen ihres Bewusstseins zeigt. Sie reagierten aber empfindlich, als führende Kader das Staatseigentum in ihren Betrieben plünderten, weil sie nur zu gut wussten, dass sie es sein würden, die am Ende für die Kosten würden aufkommen müssen. Hinzu kam, dass sie für sich in Anspruch nahmen, in der Zeit des gemeinsamen Eigentums mit ihrer Arbeit zur Industrialisierung des kommunistischen China im Allgemeinen beigetragen zu haben und im Besonderen auch zum Aufbau ihrer eigenen Fabrik. Daher sahen sie es als ihr Recht an, ihre Fabriken gegen Diebstahl zu verteidigen. Ching Kwan Lee beschreibt das als „Anspruch der Arbeiter auf gemeinsames Eigentum an ihren Produktionsstätten“ oder als „Gesellschaftsvertrag ... zwischen dem paternalistischen Staat und einer politisch fügsamen Bevölkerung“.²³ Die meisten SOE-Arbeiter waren gegen Privatisierung, wenn man sie vorher gut informiert hatte und wenn sie die Gelegenheit hatten, ihre Meinung zu äußern. Die Richtigkeit dieser Darstellung zeigt sich auch daran, dass trotz Unterdrückung von Zeit zu Zeit Arbeiterwiderstand gegen die Privatisierung aufgeflammt ist.

Wenn ein SWRC irgendwann einmal zu einem gewissen Grade eine echte Vertretung von Arbeiterinteressen war, aber schließlich doch für die Privatisierung stimmte, geschah dies wahrscheinlich, weil er keinen Ausweg mehr sah (meistens weil das Kapital fehlte, um die Fabrik als Kollektiveigentum zu betreiben), oder weil der Unternehmensdirektor den Betrieb erfolgreich in den Bankrott geführt hatte, oder weil die Staatsunternehmen auf Grund der landesweiten Politik in eine Sackgasse getrieben worden waren (Banken gewährten keine weiteren Kredite mehr), oder weil es eine Kombination aller oder der meisten dieser Faktoren gab.

Während Ching Kwan Lee die SOE-Auseinandersetzungen als „Proteste gegen ausbleibende Löhne“, „Stadtteilproteste“ und „Proteste gegen Pleiten“ beschrieb²⁴, bezeichnen wir diese Kämpfe eher als „Widerstand gegen Privatisierung“ im Allgemeinen, obwohl sich nur ein Teil dieser Kämpfe ausdrücklich gegen Privatisierung richtete. Die Stärke von Lees drei Kategorien mag darin liegen, dass sie sich direkt auf die Natur der meisten Kämpfe beziehen, aber ihre Schwäche liegt auf der Hand: Sie klammern die Auseinandersetzungen aus, die sich ausdrücklich gegen Privatisierung richteten, angefangen beim Kampf der *Liao Yang Ferro-Alloy* Fabrik im Jahre 2002 bis hin zum kürzlichen Kampf der Arbeiter der *Tonggang Steel* Fabrik. Viel schwerer wiegt die Tatsache, dass auf diese Weise in den meisten Fällen nicht beachtet wird, dass alle drei Typen von Auseinandersetzungen sich gegen ein und dieselbe Gruppe von Leuten richteten – die Führungskader der SOEs und ihre zuständigen Regierungsabteilungen. Das gilt auch für „Stadtteilproteste“, weil in den alten Zeiten die SOEs auch die meisten sozialen Dienste im Stadtteil bereit stellten, wodurch die Privatisierung von Fabriken oft

jing unterordnen und daher bei Nationalisten wie z.B. der *Utopia* Website verhasst sind, fälschen die Medien immer noch Nachrichten, um Propaganda für die Partei zu machen. So berichtete z.B. die Hong Kong *Ming Pao* über die Verbreitung einer Falschnachricht durch die *Shen Zhen Commerce Daily*, dass ein Polizist im Dienst blieb, um die 26. Universiade zu schützen, obwohl sein Sohn gestorben war. Vgl. *Ming Pao* (15. August 2011).

²² *Woguo zhongchangqi shiye wenti yanjiu* (Untersuchung zu Chinas mittel- und langfristiger Arbeitslosigkeit (*Study on China's Unemployment in the Long and Medium Term*)), ed. J. Xuan (Beijing: China People's University Press, 2004), 181

²³ *Against the Law—Labor Protests in China's Rustbelt and Sunbelt*, ed. C. K. Lee (Berkeley: University of California Press, 2007), 26 and 22

²⁴ *Ibid.*, 71

auch das Ende der freien oder zugänglichen Dienste im Wohnviertel nach sich zog. Was wie unpolitische und örtlich begrenzte Auseinandersetzungen erscheint, barg das politische Potential, sich in Kämpfe gegen Privatisierung an sich oder sogar gegen örtliche Regierungen zu entwickeln – man muss jedenfalls nicht lange nachdenken, um den Hauptfeind zu erkennen. Der Einparteienstaat muss also diese Kämpfe rasch unterdrücken, damit sie nicht wieder landesweite Proteste wie im Jahre 1989 auslösen. Darum wurde die Privatisierung von den Parteikadern völlig intransparent durchgeführt, bis zum Rand gefüllt mit Intrigen, Tricksereien und Betrug, inklusive die Strategie, Privatisierung nicht als solche zu bezeichnen, sondern sie stattdessen als „Systemreform“ auszugeben und das Vorhaben Schritt für Schritt zu verwirklichen. All das war darauf ausgerichtet, die Bereitschaft zum Widerstand unter den Arbeitern zu untergraben. Was wie eine Fragmentierung aussieht oder was Ching Kwan Lee als „örtlich begrenzten Aktivismus“ bei SOE-Arbeitern bezeichnet, ist also nur das äußere Erscheinungsbild. Dahinter versteckt sich ein tiefgehender Widerspruch zwischen der Klasse der Kader und der Arbeiterklasse mit der daraus folgenden politischen Dynamik. Wenn man die Kämpfe der SOE-Arbeiter, oder wenigstens einer erheblichen Anzahl von ihnen, nicht als Widerstand gegen Privatisierung oder als Antiprivatisierungskämpfe bezeichnet, spielt man ihr politisches Potential wahrscheinlich nicht nur herunter, sondern fällt möglicherweise auch auf die Versuchung herein, „örtlich begrenzten Aktivismus“ für bare Münze zu nehmen, ohne die inneren Widersprüche dieser Auseinandersetzungen und ihr Verhältnis zur Bürokratie näher zu untersuchen.

Wir teilen ebensowenig Lees Optimismus, dass „die Entschlossenheit und Effektivität der Eigenreform des chinesischen Regimes nicht unterschätzt werden kann, nach seiner radikalen Abkehr vom Staatssozialismus eine rechtsstaatlich handelnde Regierung ins Leben zu rufen“.²⁵

Wir können auch den Enthusiasmus von Zhu und Chans Voraussage von 2005 nicht teilen, dass SWRCs in den kommenden Jahren „Platz für Weiterentwicklung haben könnten“, weil „China mehr und mehr zu einer Gesellschaft wird, die auf Gesetzen basiert“. Beim Schreiben des vorliegenden Aufsatzes im August 2011 kann ich nirgendwo diese verheißungsvolle Zukunft von SWRCs entdecken. Gerade wegen der Umwandlung des Staatssozialismus in Kapitalismus ist es eher unwahrscheinlich, dass sich die Bürokratie selbst in Richtung eines rechtsstaatlichen Systems reformiert (wir reden hier nicht einmal von Demokratie). Dem steht einfach das Eigeninteresse der chinesischen Bürokratie entgegen. Sie gibt sich einfach nicht zufrieden damit, gegen ein festes Gehalt die Rolle eines gefügigen Apparats im Dienste der Bourgeoisie zu spielen. Sie ist im Gegenteil die herrschende Klasse; sie besteht gleichzeitig aus Bürokraten und Kapitalisten und beansprucht daher beides, ein festes Gehalt und größtmöglichen Profit, für sich. Alle Ebenen von Bürokraten betreiben oder besitzen direkt oder indirekt Unternehmen und profitieren von ihnen. Es ist ein System des bürokratischen Kapitalismus. Sein Überleben beruht auf der Verschmelzung von politischer und wirtschaftlicher Macht und er steht der Herrschaft des Gesetzes und einer Gesellschaft, in der die Arbeiterklasse über volle politische und Arbeitsrechte verfügt, feindselig gegenüber. (Es ist absehbar, dass die Partei verstärkt „durch das Gesetz herrschen“ wird, was sich von einer Herrschaft des Gesetzes unterscheidet, und Lee sieht den Unterschied sehr wohl.) Lee argumentiert, dass es zwei „mögliche Kräfte für einen Wandel“ gibt, nämlich eine, die aus der Eigeninitiative der Partei für Selbstreform entsteht, und die zweite ist eine Arbeiterbewegung von unten. Wir sind hingegen der Ansicht, dass die Partei an sich kaum eine „mögliche Kraft für einen Wandel“ zugunsten der werktätigen Bevölkerung darstellt und dass es keine ernsthafte Reform gibt, die nicht aus dem Druck einer Bewegung von unten entsteht.

„Sozialismus“ von oben: SOE-Arbeiter in Maos China

Und wenn es das Einparteienregime ist, das die SWRCs und die Gewerkschaft als echte Arbeiterorgane untergraben hat, müssen wir hinzufügen, dass das wirklich nichts Neues ist. Es war so seit 1949.

²⁵ Ibid., 242

Aber bis heute wird das von vielen nicht so gesehen. In ihren Augen waren SOE-Arbeiter in der maoistischen Perioden wirklich „Herren im Hause“ und hatten daher wirkliche politische Macht. Das änderte sich erst, als Deng Xiaoping 1979 an die Macht kam. Diese Ansicht kann man in Mingqi Lis neuem Aufsatz *The Rise of the Working Class and the Future of the Chinese Revolution* (Der Aufstieg der Arbeiterklasse und die Zukunft der Chinesischen Revolution) nachlesen. „In der maoistischen sozialistischen Ära genossen die chinesischen Arbeiter ein Maß an Macht und Würde, das sich der einfache Arbeiter in einem kapitalistischen Staat nicht vorstellen kann“, schrieb er. Er liefert jedoch keine Belege für seine Aussage, außer dass er zustimmend die Worte eines Arbeiters zitiert: „die Arbeiter waren Herren der Fabrik.“²⁶ Ein anderer Wissenschaftler, Cui Zhiyuan, wies in einem früheren Aufsatz auf die „*Angang Verfassung*“ hin, um seine Aussage zu stützen.²⁷ Die *Angang Verfassung* bezieht sich auf Maos Aufruf von 1960 während der Politik des *Großen Sprungs nach vorn*, im Management der Staatsbetriebe eine neue Politik einzuführen, die in folgendem Motto zusammengefasst ist: „Beteiligung an zwei Fronten, ein Gebiet der Reform und die Integration von drei Komponenten“. „Beteiligung an zwei Fronten“ bezieht sich auf die Maßnahme, Kader zur Teilnahme an körperlicher Arbeit zu zwingen und gleichzeitig die Beteiligung der Arbeiter am Unternehmensmanagement zu fördern. „Ein Gebiet der Reform“ bezieht sich darauf, dass man unsinnige Regeln und Vorschriften abschafft. „Integration von drei Komponenten“ bezieht sich auf die Zusammenführung der arbeitenden Massen, der Führungskader und des technischen Personals. Cui sieht in der Maßnahme, Kader zu körperlicher Arbeit zu zwingen und gleichzeitig die Beteiligung der Arbeiter am Unternehmensmanagement zu fördern, eine Art von Wirtschaftsdemokratie.

Ein Kommentar zu Cuis Argumentation ist schwierig, weil der Artikel zu abstrakt und ausweichend formuliert war. Xiao Duo, ein Anhänger Maos, hat in seinem Web-Artikel „Maos Sozialismus ist kein Bürokratismus (*Mao's socialism is not bureaucratism*)“²⁸ das Thema näher ausgeführt. Xiao glaubt, dass die *Angang Verfassung* es ermöglicht, „dass die arbeitenden Massen gegen Karrierebürokraten vorgehen und direkt an der demokratischen Organisation der Gesellschaft teilnehmen“.

Die *Angang Verfassung* hat jedoch nichts mit der „demokratischen Organisation der Gesellschaft“ zu tun, denn sie bezieht sich nur auf Unternehmen. Außerdem trifft es keineswegs zu, dass sie Demokratie in Unternehmen förderte. Sie regelte nur, wie zu verfahren war, wenn Arbeiter an beratenden Sitzungen der untergeordneten Produktionsteams teilnahmen und dort Vorschläge zur weiteren Steigerung der Produktivität machten. Diese Sitzungen gingen selten über die Produktionsebene hinaus oder fanden gar im Rahmen des Managements statt, und sie hatten selten Einfluss auf Entscheidungen. In diesem Punkt erreicht China nicht einmal das Niveau des jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltungssystems. Auch wenn die Kommunistische Partei Jugoslawiens nie den Mut aufbrachte, die Arbeiterselbstverwaltung auf die Staatsmacht anzuwenden, hatten die Arbeiter innerhalb der Unternehmen beachtliche Macht. Die *Angang Verfassung* war davon weit entfernt.

Wenn die KPCh ernsthaft an der Einführung demokratischer Strukturen in Unternehmen interessiert wäre, wäre es naheliegend, ihre eigene Institution des SWRC wieder zu beleben (und gleichzeitig die einschränkenden Passagen in den relevanten Gesetzen zu streichen). Aber stattdessen unterstützte die KPCh während des *Großen Sprungs nach vorn* die so genannte *Angang Verfassung*. Von Anfang an bestand das Ziel der *Angang Verfassung* nicht so sehr darin, den Arbeitern die Kontrolle über das Management zu übertragen, geschweige denn die Kontrolle über die Partei. Man wollte vielmehr die Arbeiter motivieren, Vorschläge einzubringen, wie die Produktionstechnologie verbessert und mo-

²⁶ *Monthly Review*, Juni 2011

²⁷ *Angang xianfa yu houfutezhuyi* (Angang Constitution and Fordism), gesammelt in *Di Er Ci Si Xiang Jie Fengyu Zhi Du Chuang Xin* (The second round of thoughts liberation and system renewal), ed. Z. Y. Cui (Hong Kong: Oxford University Press, 1997), 143–56. (Anmerkung des Übersetzers: Unter der Angang Verfassung versteht man ein Politikdekret Maos von 1960, in dem er verschiedene Reformen zur Demokratisierung des Unternehmensmanagements anregte. Zwei dieser Maßnahmen waren die Teilnahme von Kadern am Produktionsprozess und die Teilnahme von Arbeitern am Unternehmensmanagement.)

²⁸ Zuerst veröffentlicht bei <http://www.gongnongbbs.net.tf>, aber seitdem aus dem Netz entfernt. Jetzt verfügbar auf der „Pioneer“ Webseite unter <http://www.xinmiao.com.hk/0000/6609T.htm>

dernisiert werden konnte, damit sich der Traum erfüllt, Großbritannien und die U.S.A. zu überholen.²⁹ Das ist auch der Grund, warum die Propagierung der *Angang Verfassung* dazu beitrug, Druck auf Arbeiter auszuüben, damit sie die mit der Abschaffung des Akkordlohns einhergehenden Lohnkürzungen akzeptierten. Das Akkordlohnsystem wurde als eine Art „Ökonomismus“ verurteilt.³⁰ Diese Praxis wiederholte sich in der Kulturrevolution.

Auch Maos Idee der „Beteiligung der Kader an körperlicher Arbeit“ hatte keine größere Beteiligung der Arbeiter am Management zur Folge. Die erzwungene Teilnahme von Fachkräften und Intellektuellen an körperlicher Arbeit – in der Kulturrevolution wurde daraus oft Schwerarbeit – bedeutete eine allgemeine Verschwendung von gesellschaftlich nützlicher und hochspezialisierter Arbeitskraft, was gesellschaftlichen Rückschritt anstatt Fortschritt nach sich zog. Tatsächlich ist Maos Idee weit von der modernen Auffassung von sozialistischer Gleichheit entfernt. Sein Ansatz ähnelt eher der Vision Xu Xings im alten China, der eine Art gesellschaftlicher Gleichheit anstrebte, in der „sowohl die Könige als auch ihre Untertanen (die Bauern) das Land gemeinsam pflügen“. Die heutige sozialistische Bewegung strebt die Aufhebung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zwischen Herrschern und Beherrschten an. Das kann jedoch nicht dadurch erreicht werden, dass man Fachleute und Intellektuelle zu körperlicher Arbeit zwingt (wenn sie sie freiwillig machen, ist das etwas anderes). Es ist erfolgversprechender, es erstens durch die Entwicklung der Produktivkräfte zu erreichen, dann durch Einführung von Gemeineigentum und umfassender Demokratie und schließlich durch die Verkürzung der Wochenarbeitszeit, damit Arbeiter über die materiellen Voraussetzungen verfügen, sich an der Führung der Gesellschaft zu beteiligen. Im Gegensatz dazu ist der Weg, Fachleute und Intellektuelle körperliche Arbeit machen zu lassen, eine Art Utopismus, der eher dem gleicht, was Marx als „Vulgärkommunismus“ verurteilt, als einer modernen Auffassung von Sozialismus.³¹ Die Folge war: Das Scheitern dieser Politik war ein Teil der Grundlage für die anschließend beginnende kapitalistische Restauration.

Xiao Duo sagt, wie positiv die Arbeitsplatzsicherheit von der Arbeiterklasse empfunden wurde und dass es ihr in Maos Tagen viel besser ging als heute. Wir sind nicht bereit, von vornherein die unter Mao errungenen wirtschaftlichen Vorteile für Werktätige abzustreiten, wie es die erbitterten Feinde der Revolution von 1949 tun. Aber es trifft ebenfalls nicht zu, dass Maos Periode ein goldenes Zeitalter war, in dem Arbeiter wirklich Macht besaßen. Es stimmt, dass die Arbeiter nicht von der Unternehmensleitung gefeuert werden konnten. Das schränkte die Macht des Managements erheblich ein. Aber die Arbeiter konnten auch nicht frei über ihren persönlichen beruflichen Werdegang entscheiden. Es gab auch keine Redefreiheit oder Organisationsfreiheit. Wenn das nicht da ist, kann man nicht einfach von „Klassenmacht“ sprechen. Nach der offiziellen Theorie jener Zeit war in einer „Planwirtschaft“ auch die Arbeitskraft „in Kollektiveigentum“. Das ist die theoretische Grundlage für die zentral gesteuerte Einteilung von Arbeitskräften auf Produktionseinheiten. Den Arbeitern wurde die Freiheit verwehrt, selbst einen Beruf zu wählen oder die Fabrik auszusuchen, in der sie arbeiten wollten. Gleichermaßen hatten sie nicht die Möglichkeit, ein Unternehmen zu verlassen und zu einem anderen Betrieb zu wechseln, wenn sie es wollten. Das nannte man *tongbao tongpei* („umfassende Arbeitsplatzgarantie durch zentral geplante Einteilung von Arbeitskräften“), oder *rencai danwei suoyuzhi* („die Arbeitskräfte in einer Produktionseinheit sind Eigentum dieser Einheit“). Noch bedrohlicher war für diese „Herren“, dass ihre persönlichen Akten sich in den Händen des Parteikomitees befanden und vor ihnen geheim gehalten wurden. Dazu gehörten Berichte über Dinge, die sie irgendwann

²⁹ Schon der Titel des Dokuments, das vom Stadtparteikomitee von Anshan verfasst wurde und in dem der Reformplan der Anshan Stahlfabrik während des *Großen Sprungs nach vorn* nach Beijing berichtet wurde – auf Grund dessen Mao seinen berühmten Satz formulierte – handelte davon, wie man den technologischen Fortschritt vor Ort beschleunigen könnte.

³⁰ Entsprechend der maoistischen Lehre sollte die Begeisterung der Arbeiter für Produktionssteigerungen eher Resultat ihres politischen Bewusstseins sein als das Ergebnis wirtschaftlicher Anreize wie z.B. steigender Löhne. Das Setzen auf materielle Anreize wurde als „Ökonomismus“ gesehen. 1957 wurden 42% der Arbeiter in SOEs nach Akkord bezahlt. 1960 fiel ihre Zahl auf unter 5%. 1963 stieg sie wieder auf 19,9%, und 1966 wurden Akkordlöhne ganz abgeschafft. *Zhongguo jingji nianjian* 1981 (Annual Economic Report of China 1981), Hrsg. Editorial Board of Annual Economic Report of China (Beijing Economic Management Journal Press, 1981), Overseas edition, Hong Kong, IV-180–1.

³¹ Aus diesem Grunde hat Marx sich nie vorstellen können, dass der Sozialismus in einem rückständigen Land verwirklicht werden kann.

einmal gesagt haben konnten, besonders wenn sie sich kritisch über die Partei oder Kader geäußert hatten.³² All das konnte benutzt werden, um sie in etwaigen zukünftigen politischen Säuberungen anzuklagen. Alles in allem mussten Arbeiter unter diesem System Wohlverhalten zeigen und wurden Teil eines Systems persönlicher Abhängigkeiten, das nach Feudalsystem roch. Wenn Arbeiter seit Maos Ära immer die wirklich herrschende Klasse gewesen wären, wie war es dann möglich, dass sie besiegt und vereinnahmt wurden, ohne dass es einen offenen und landesweiten Kampf gab?

Der U.S. Soziologe Andrew Walder nannte das System des Unternehmensmanagements in Maos Tagen „Neotraditionalismus“. Man mag sich darüber streiten, ob der Begriff angebracht ist, aber Walders Beschreibung der Lage der Arbeiterklasse als „institutionalisierte Abhängigkeit“ trifft zu – d.h. „... wirtschaftliche und soziale Abhängigkeit von den Unternehmen; politische Abhängigkeit von der Partei und dem Management; und persönliche Abhängigkeit von [den] Vorgesetzten aus der Firmenleitung“.³³ Dieses System war weniger eine Art Sozialismus als eine Art paternalistischer Kollektivismus, in dem, obwohl die Arbeiter von den damit verbundenen wirtschaftlichen Vorteilen profitierten, die oberste Gewalt in erster Linie und vor allem in den Händen der Parteikader war, die somit das Leben der Werktätigen so stark beherrschten, dass die Letzteren von ihnen vollständig abhängig waren. Es war (und ist noch) besonders feindselig eingestellt gegen jedes Anzeichen selbständigen Denkens und gegen jede Form von Basisorganisationen; in diesem Sinne wiederholte die kommunistische Bürokratie den Wahlspruch aller Eliten: „man muss für das Wohl des Volkes arbeiten, aber das Volk darf nichts für sich selber tun“.³⁴ Auch wenn Mao in der Kulturrevolution plötzlich das andere Extrem propagierte und zu einer Revolution von unten aufrief, war das auch nicht von langer Dauer. Als er merkte, dass die Dinge außer Kontrolle zu geraten begannen, änderte er erneut seine Position und ging einen Kompromiss mit der alten Garde und der Armee ein. Die Propaganda gegen bürokratische Vorrechte während der Kulturrevolution hat sich nie nachhaltig als System oder Politik für Gleichheit durchgesetzt. Ganz im Gegenteil. Die obersten Führer erlangten all ihre bürokratischen Vorrechte in kürzester Zeit zurück. In seinem Buch *The Deng Xiaoping Era—An Inquiry into the Fate of Chinese Socialism 1978–1994* (Die Ära Deng Xiaoping – Eine Untersuchung des Schicksals des chinesischen Sozialismus 1978-1994) schrieb der U.S. Wissenschaftler Maurice Meisner:

Mao Zedong war der Schöpfer der chinesischen kommunistischen Bürokratie... Weit entfernt davon, die bürokratischen Übel zu beseitigen, verschärfte die Kulturrevolution die willkürlichen und korrupten bürokratischen Praktiken, unter denen das Volk litt. Einzelne Beamte wurden angegriffen und ausgeschaltet, aber das bürokratische System überlebte. Sogar die hierarchische Ordnung der Ränge bei den Parteikadern, die Mao seit Mitte der 1950er Jahre kritisiert hatte, blieb intakt. Zu einem großen Teil war das Scheitern Mao selbst zuzuschreiben, oder genauer ausgedrückt war es das Ergebnis der ambivalenten Haltung gegenüber der Bürokratie, die er geschaffen hatte und worauf seine Herrschaft beruhte.³⁵

In der Vorstellung, dass die Arbeiterklasse in Maos China wirklich „Herr im Hause“ war und dass sich das erst änderte, nachdem Deng an die Macht gekommen war, wird nur der Bruch beim Übergang von einer Periode zur nächsten (vom Antikapitalismus zur Befürwortung des Kapitalismus) berücksichtigt und nicht die durchaus vorhandene Kontinuität. Die weitere Existenz der Einparteien-Diktatur mit ihrer Unterdrückung der Arbeiter und Bauern, die die Partei vorgibt zu vertreten, ermöglichte es den Kadern, in der Deng-Periode und danach die Arbeiter und Bauern auszurauben. Aber es ist kein Zufall, dass diese Seite der Medaille oft übersehen wird. Es liegt daran, dass die Parteidiktatur implizit

³² Die Kader waren ebenfalls dieser Regelung über persönliche Akten unterworfen, aber die Tatsache, dass es die Klasse der Kader war, die diese vertraulichen Akten von Arbeitern anlegte und verwaltete, zeigt erneut, wer die wahren Herren in Maos Periode waren. Vgl. *Zhongguo dangdai shehui ge jieceng fenxi* (An Analysis on China Contemporary Social Stratification), Hrsg. J. C. Yang (Lanzhou City: Gansu People's Press, 2006), Gansu, 21.

³³ Communist Neo-Traditionalism, Hrsg. A. Walder (Berkeley: Oxford University Press, 1996), 12–3

³⁴ Democracy and Revolution, Hrsg. George Novack (New York: Pathfinder Press, 1971), 73

³⁵ The Deng Xiaoping Era—An Inquiry into the Fate of Chinese Socialism 1978–1994, Hrsg. M. Meisner (New York: Hill and Wang, 1996), 176

oder explizit eher als notwendiges Element des Sozialismus betrachtet wird und nicht als Hemmnis.³⁶ Daher mussten pro-maoistische Wissenschaftler an anderer Stelle eine Erklärung dafür suchen, warum die Arbeiter nicht wirksam gegen Privatisierung kämpfen konnten, und viele glauben, sie hätten sie gefunden. Mingqi Li sucht die Ursache für die Niederlage der Arbeiter in der angeblich „politisch unerfahrenen Arbeiterklasse“.³⁷ Dasselbe nimmt Cheng Guangshen an.³⁸ Es scheint, als sei ihnen die Tatsache nie in den Sinn gekommen, dass die Arbeiterklasse notwendigerweise politisch unerfahren bleibt, wenn die Partei sie permanent bevormundet und ihr verbietet, autonom zu handeln und auf diese Weise aus ihren Fehlern zu lernen.

Demokratie von unten

Obwohl das Kapitel ‚SOE-Arbeiter in Maos China‘ Vergangenheit ist, versuchen viele noch immer, daraus Lehren zu ziehen. In seinem *The Plight of China's Working Class: Annals of Anyuan* (Das Elend der chinesischen Arbeiterklasse: Annalen von Anyuan) warnte Yu Jianrong Arbeiter ganz offen davor, auf Phantasievorstellungen von irgendwelchen Kämpfen hereinzufallen, die das Ziel hätten, irgendeine Art von Herrschaft zu erlangen. Er sagte, solch blumige Aussagen dienten lediglich dem Interesse der populistischen Parteien:

Arbeiter sind einfach keine „führende Klasse“, und sie sollten nicht danach streben eine zu sein. Sie sollten für ihre Rechte als Arbeiter kämpfen und ihre Verantwortung als Arbeiter wahrnehmen. Aus meiner Sicht liegen die wahren Interessen der chinesischen Arbeiter in der jetzigen Zeit in der Verteidigung von Arbeiterrechten. ... Wenn wir dieses Ziel aus den Augen verlieren, kann es sein, dass Arbeiter wieder einmal als bloße politische Werkzeuge missbraucht werden.³⁹

Auch wenn es nicht ausdrücklich gesagt wird, so impliziert seine Argumentation, dass Arbeiter ihre Rolle als Lohnarbeiter akzeptieren und mit vagen „Arbeitsrechtsreformen“ innerhalb des bestehenden Systems zufrieden sein sollen. Die Problematik dieser Argumentation besteht in der Vernachlässigung der Tatsache, dass Lohnarbeit an sich ein Werkzeug ist, nämlich ein ökonomisches Werkzeug in der Hand der Kapitalisten mit dem einzigen Zweck, den Wert ihres eingesetzten Kapitals zu steigern. Also können Arbeiter wie ein ausgedientes Werkzeug auf den Müll geworfen werden, wenn ihre Arbeit diesem Ziel nicht mehr dienlich ist. Sicherlich beschäftigt sich Yu mit „Arbeiterrechten“, aber uns ist nicht klar, was das heißt. Die Tatsache, dass liberale Strategien wie *Charter 08* das Recht auf freie Gewerkschaften und Tarifverhandlungen vollständig ausklammern, untermauert unsere Vorbehalte. Letzten Endes gibt es keinen Grund anzunehmen, dass Kapitalisten sich notwendigerweise besser verhalten als kommunistische Parteikader, wenn es um die Behandlung von Arbeitern geht. Sie sind eher noch unnachgiebiger bei der Unterdrückung jeglicher Reformforderung der Arbeiterbewegung. Das trifft besonders im Falle China zu. Weit davon entfernt, die Demokratiebewegung anzuführen, was die neue Unternehmerklasse in den späten 1980ern immer wieder behauptete, fürchtet sie sich ebenso vor der Demokratie und der Arbeiterbewegung wie ihr Beschützer, die Partei.

Wenn man etwas aus der Mao Periode lernen kann, ist es nicht, dass Arbeiter pragmatischer sein sollen und mit dem Kapitalismus als dem einzigen funktionsfähigen System zufrieden sein sollen; eher muss man den Grund für die historische Niederlage der Arbeiterklasse sorgfältig herausarbeiten und verstehen. Die Arbeiterklasse wurde nicht besiegt, weil sie sich zu hohe Ziele gesteckt hatte. Im Ge-

³⁶ Xiao Duo ist was diesen Punkt betrifft sehr deutlich.

³⁷ *Monthly Review*, Juni 2011

³⁸ *Zhongguo gongren jieji de xingqi yu zhongguo geming de qiantu* (The Rise of Working Class and the Future of Chinese Revolution (Der Aufstieg der Arbeiterklasse und die Zukunft der Chinesischen Revolution)), Cheng Guangshen, Frühjahr 2011, zweiter Abschnitt. Broschüre herausgegeben von Mitarbeitern des *China Labor Research Web*, obwohl in der Broschüre der Name des Herausgebers nicht genannt wird.

³⁹ J. Yu, *Zhongguo gongren jieji zhuangkuang—Anyuan shilu* (The Plight of China's Working Class: Annals of Anyuan) (Hong Kong: Mirror Books, 2006), 471

genteil, die Arbeiter wurden gerade deswegen besiegt, weil die meisten von ihnen zu pragmatisch waren; solange der Arbeitsplatz und ein stabiles Einkommen sicher waren, haben sie das Einparteiensregime nicht in Frage gestellt, nicht einmal, wenn dieses Regime ihnen grundlegende Bürgerrechte im Allgemeinen und die Vereinigungsfreiheit im Besonderen verweigerte. So wurden aus all ihren gesetzmäßigen Rechten, wie sie in der Verfassung und in den Gesetzen verankert waren, nur noch Buchstaben auf dem Papier. Rousseau hat einmal bemerkt, dass niemand wirklich frei sein kann, der sich nicht selbst regiert. Aber die meisten SOE-Arbeiter haben den Vorrang von Demokratie vor wirtschaftlichen Vorteilen nicht ganz verstanden. Sie haben sich lieber darauf verlassen, dass ihre anhaltende Abhängigkeit von der Partei das Beste für sie wäre. Aber es gibt so lange keine Garantie für wirtschaftliche Vorteile, wie die Arbeiter nicht das Recht haben, sich selbst zu regieren. Wenn Arbeiter sich darauf verlassen, dass die Bürokratie diese Vorteile an sie weitergibt, kann dieselbe Bürokratie diese Vorteile auch zurücknehmen, wenn das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen sich zu ihren Gunsten verschiebt. Und als das geschah, hatte der „Herr im Hause“ einfach nichts in der Hand, um sich gegen den Angriff zu verteidigen.

Nach der vollständigen Wiederherstellung des Kapitalismus haben die chinesischen Werktätigen im 21. Jahrhundert keine andere Wahl: Sie müssen eine demokratische Arbeiterbewegung wieder von Grund auf neu aufbauen, wenn sie sich von Ausbeutung und Unterdrückung befreien wollen. Sie werden dabei keinen Erfolg haben, wenn sie den Staat nicht unter ihre demokratische Kontrolle bringen.

Der Kampf der Arbeiter für Demokratie ist dasselbe wie ihr Streben danach, die „führende Klasse“ zu werden. Während der rapiden Industrialisierung ist der Anteil der Arbeiter an der Zahl der Werktätigen auf Kosten des Anteils der Bauern so schnell angestiegen, dass die Arbeiter bald mindestens die Hälfte der Bevölkerung ausmachen werden, wenn nicht noch mehr (wenn wir „Arbeiter“, so wie es sein sollte, als Lohnempfänger definieren, deren Löhne ihnen keine Kapitalakkumulation erlauben). Sie sind also die wichtigste Klasse in der Allianz für Demokratie. Abgesehen von der „Quantität“ muss man auch die „Qualität“ der Arbeitskräfte berücksichtigen: Der Exodus der Jugend aus den ländlichen Gemeinden hat zur Folge, dass die Landbevölkerung in der Mehrheit aus Kindern und Alten besteht. Die Arbeiterklasse nimmt zahlenmäßig also zu, während die Bauern eine kleiner werdende Klasse sind. Die Arbeiterklasse wird mehr und mehr zur wichtigsten Klasse bei zukünftigen Kämpfen für Demokratie, weil demokratische Zustände in ihrem Interesse sind *und* weil sie das Potential hat sie zu erreichen. Sicherlich ist noch nichts entschieden. Entweder wird die Arbeiterklasse schließlich Demokratie erreichen, indem sie die Führung bei den Kämpfen übernimmt, oder sie wird weiterhin unter einem barbarischen Kapitalismus leiden, ohne dass ein Ende abzusehen ist.

Es sei nur darauf hingewiesen, dass es überhaupt nichts Schreckliches ist, wenn die Arbeiter schließlich den Kampf für Demokratie anführen und so die Gesellschaft nach ihrem Willen umformen – zumindest nicht so schrecklich für die Werktätigen. Tatsächlich bedeutet Demokratie ursprünglich nichts anderes als die Herrschaft durch die Plebejer oder die Armen. Bei Aristoteles wird das sehr deutlich, obwohl er von seinem elitären Standpunkt aus weit davon entfernt war, sich mit der Idee anzufreunden.⁴⁰ In diesem Sinne ist Demokratie also ein Synonym für Sozialismus. Eine der Schlüsseleigenschaften des Sozialismus ist schließlich die vollständige Demokratisierung der Gesellschaft. Aus diesem Grunde ist es wirklich nicht zu hoch gegriffen, wenn man anstrebt, die „führende Klasse“ zu sein. Es ist immer noch das alte Arbeiterziel, für wahre Demokratie zu kämpfen, oder für Sozialismus, anders ausgedrückt. Ohne dieses Ziel werden die Werktätigen langfristig auch nicht „die Butter auf dem Brot“ retten können. Die drohende Zerstörung des Wohlfahrtsstaates im Westen sollte uns die Augen dafür öffnen, dass zwei Dinge eng miteinander verknüpft sind: einerseits eine Art von Demokratie, in der die arbeitende Bevölkerung die Führungsrolle spielt, und andererseits die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage.

⁴⁰ „Wenn Menschen ihre Herrschaft auf ihren Reichtum gründen, egal ob es wenige oder viele sind, so nennen wir es Oligarchie; und wenn die Armen herrschen, nennen wir es Demokratie“ sagte er. Zitat aus *Democracy*, Hrsg. A. Arblaster (Minneapolis: University of Minnesota Press, 1994), 14–5

Es ist traurig, dass die meisten chinesischen Liberalen immer noch die feindselige Haltung der herrschenden Eliten gegenüber Demokratie und sozialen Bewegungen teilen. Sie treten nicht für die Umsetzung fundamentaler Arbeiterrechte ein, was zeigt, dass sie wie viele Eliten davon überzeugt sind, dass die Verbindung von radikaler Demokratie und selbständiger Arbeiterbewegung den status quo gefährdet.

Wenn Yus Argumentation überzeugend klingt, so liegt es nicht daran, dass seine Theorie für die Werktätigen irgendwelche Vorteile birgt. Es liegt eher daran, dass die Arbeiter schon besiegt sind und dass das Wiederaufleben einer Arbeiterbewegung tatsächlich in weiter Ferne zu liegen scheint. Es gibt aber eine Besorgnis erregende Nachricht für die Liberalen: Langfristig ist das Aufkommen von Arbeitskämpfen unvermeidlich. Die Anzahl der SOE-Arbeiter in China ist zwar deutlich zurückgegangen, aber die Gesamtzahl der Lohnarbeiter ist auf fast 400 Millionen nach oben geschneilt. Die chinesische Arbeiterklasse war noch nie so zahlreich. Wenn es etwas Positives an dem Rückfall in den Kapitalismus gibt, dann ist es das. Hinzu kommt, dass der barbarische Druck und die Kasernenhofatmosphäre in den Fabriken die Arbeiter tagtäglich zu Widerstand reizen. Es ist also überhaupt nicht überraschend, dass viele Wanderarbeiter spontan gegen die unmenschliche Ausbeutung streikten, als SOEs massenhaft Arbeiter entließen. Zum Erstaunen der Regierung haben die Kämpfe der SOE-Arbeiter gegen Privatisierung ebenfalls nicht aufgehört. Die gewaltsame Besetzung ihrer Fabrik durch die Tonghua Stahlarbeiter im Juli 2009 als Teil des Widerstands gegen Privatisierung endete siegreich. Das beweist, dass die Macht der SOE-Arbeiter trotz ihrer Schwächung immer noch stark genug sein kann, den Einparteienstaat das Fürchten zu lehren.

Wir wissen nicht, wie man den Kampf für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und den Kampf für Demokratie verknüpfen kann, und wir geben zu, dass die Aussichten im Moment nicht sehr rosig sind. Wir glauben, dass man nicht darauf warten kann, dass ein Retter aus dem Nichts erscheint und den Arbeiteraktivisten den richtigen Weg weist. Wir glauben, dass die Entscheidung letztendlich bei den kämpfenden Arbeitern selbst liegt. Schließlich erwächst aus sozialen Bewegungen die Demokratie. Und wenn die Gewerkschaftsbewegung einen Vorteil hat, dann liegt er nicht nur im Erreichen von höheren Löhnen, sondern auch darin, dass sie das Streben menschlicher Wesen verkörpert, sich von Ausbeutung zu befreien und die Entscheidungsgewalt über die Arbeitsbedingungen, mag sie auch noch so elementar sein, zu erlangen.

Nun ist der nächste Schritt, eine stimmige Bilanz des Aufstiegs und des Falls der älteren Generation von SOE-Arbeitern zu erstellen.

Au Loong Yu ist Mitglied der Redaktion des *China Labour Net*. Er gehörte zu den Gründungsmitgliedern des *Globalization Monitor*, Hong Kong, und war bis 2007 dort Forscher für Arbeiterfragen. Er ist der Hauptverfasser von *No Choice but to Fight: A Documentation of Chinese Battery Women Workers' Struggle for Health and Dignity* (*Hong Kong: Globalization Monitor* (Kampf ist der einzige Ausweg: Eine Dokumentation des Kampfes der chinesischen Batteriearbeiterinnen für Gesundheit und Würde)). Er arbeitet jetzt an einer Zusammenstellung von mündlicher Überlieferung von Zeitzeugen (*oral history*) aus dem Kreis der Arbeiter in Staatsbetrieben. Er hat auch in verschiedenen fortschrittlichen Zeitschriften oder Arbeiterzeitschriften in den U.S.A. und Europa Aufsätze veröffentlicht. E-Mail: auloongyu@hotmail.com.

Danksagung

Die erste Fassung dieses Aufsatzes wurde von Eva Tao aus dem Chinesischen [ins Englische] übersetzt, und der Verfasser möchte ihr hier dafür danken. Die vorliegende Version wurde stark überarbeitet und wurde von Rachel Page Korrektur gelesen, der der Verfasser ebenfalls danken möchte.

Übersetzung aus dem Englischen von Manfred Pegam, Bochum, 2012